



**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN RECHTS  
# WIR SIND MEHR!  
BREMERHAVEN BLEIBT BUNT!**

Presseinfo 11.05.2020

## **Rechte Drohungen gehen weiter Drohbriefe bei Linksfraktion und Bündnisaktivisten eingetroffen**

**Die Einschüchterungsversuche und Drohungen gegen Demokrat\*innen in Bremerhaven reißen nicht ab. Heute ging bei der Bremerhavener Stadtverordnetenfraktion der LINKEN ein Drohbrief ein. Der Umschlag enthielt ein weißes Pulver sowie ein Drohschreiben mit den Worten: "Auch in Bremerhaven gibt es zu viele Kanaken, Neger und Juden. Die werden wir ausrotten." Mindestens ein Aktivist von "Bremerhaven bleibt bunt!" hat ebenfalls einen Brief mit weißem Pulver und einem Drohschreiben erhalten, unterzeichnet mit 88 (Code für: Heil Hitler). Die Polizei ermittelt.**

Seit langem versuchen Angehörige der Partei DIE RECHTE, Reichsbürger und andere Rechtsextreme und Rechtspopulisten in Bremerhaven Fuß zu fassen. Demokratischem Widerstand begegnen sie mit dem Aufbau einer Drohkulisse. Mal bringen sie sich durch rassistische Sticker am Briefkasten in Erinnerung, mal bekleben sie Bürofenster, mal gibt es Farbattacken, mal eine "Weihnachtskarte" ....

Erst kürzlich, am 28. März erhielt Sülmez Dogan, Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen eine Drohmail mit widerwärtig rassistischen und sexistischen Beleidigungen und Drohungen, ebenfalls unterzeichnet mit dem Code 88. Ende April wurde der DIALOG - Verein für gleiche Rechte in der Hansastraße wieder einmal mit rassistischen Stickern beklebt. In den Vereinsbriefkasten wurde Propagandamaterial der Partei DIE RECHTE sowie eine Packung Streichhölzer mit NPD-Reklame eingeworfen. Eine unverhohlene Drohung gegen den seit Jahrzehnten aktiven Verein.

Das Aktionsbündnis gegen Rechts, dem alle Betroffenen angehören, wird sich auch von den erneuten Drohungen gegen Bremerhavener Demokrat\*innen nicht beirren lassen, sondern sich weiterhin auf der Straße, in den Medien und sozialen Netzwerken gegen die menschenverachtende Ideologie von Nazis und Rechtspopulisten einsetzen.

Wir fordern eine zügige Untersuchung der Vorgänge durch die Polizei.